

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 20

## Inhaltsverzeichnis

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## INHALT

## EDITORIAL

### SPEKTRUM DEMOKRATIE

#### Irrwege und Auswege

Die Drogenproblematik in unserer Gesellschaft nimmt immer schärfere Formen an. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein Drogenopfer zu beklagen ist. Und es scheint, als ob die Gesellschaft inzwischen resigniert habe. Einen möglichen Ausweg zeichnet der Zürcher Oberrichter Christian Huber in seinem soeben erschienenen Buch und warnt vor einer Ideologisierung des Themas.

#### Forum Medien kritisch

Die Monopolisierung eines Mediums, zumal eines Massenmediums wie Radio und Fernsehen, ist eigentlich eine Einschränkung der Informationsfreiheit. Dem entgegenzuwirken, sieht das Radio- und Fernsehgesetz vor. Auf Umwegen versucht nun aber die SRG, ihr Monopol auf Inlandberichterstattung gleichwohl zu zementieren.

Dass dies auch volkswirtschaftlich negative Auswirkungen hätte, zeigt ein Vortrag von Viktor Jenny, Inhaber der St. Galler Videcom, an einer Pressekonferenz für das private Fernsehprojekt «Schweizer Fernsehen International» (SFI).

### WELTSPIEGEL

#### Afghanische Lösung für Afghanistan

Die Geschehnisse in Afghanistan sind für den ausländischen, zumal für den europäischen und den nordamerikanischen, Beobachter nur schwer verständlich. Über die Hintergründe und die heutige Lage sprach «zeitbild» mit dem Afghanistan-Kenner Peter Högl, Präsident der Gesellschaft der Freunde Afghanistans.

### OSTPERSPEKTIVEN

#### Der Brückenschlag

Die einstigen Ostblockstaaten müssen nicht nur wirtschaftlich umdenken. Ebenso dringlich ist auch das Kennenlernen demokratischer Denkweisen und Strukturen. Die Schweiz. Helsinki-Vereinigung (SHV) hat tschechische und slowakische Politiker zu einem einwöchigen Seminar eingeladen, um ihnen die schweizerische Kommunalpolitik näherzubringen.

#### Menschen ohne Zukunft

Die grössten Opfer im Drama auf dem Balkan hat die Zivilbevölkerung zu tragen. Ljubomir Matić zeigt auf, dass diese Opfer, die Flüchtlinge, inzwischen auch als politische Waffe eingesetzt werden. Eine Zukunft haben sie unter den gegebenen Umständen kaum.

#### Leserbrief

Kritik hat ein «zeitbild»-Leser an der Kritik gegenüber der Friedensbewegung geübt und dabei die westlichen Demokratien und deren Regierungen der Doppelmoral bezichtigt. Christian Brügger stellt sich dieser Kritik und setzt sich mit deren Argumentation auseinander.

3

6

7

10

8

12

14

Nach gut zwei Monaten des Bangens konnte der Stiftungsrat unserer Stiftung für Demokratie an seiner Sitzung vom 18. September vom überaus erfreulichen und ermutigenden Ergebnis seiner Sammelaktion Kenntnis nehmen. Vorwiegend private Zusicherungen, darunter auch viele «zeitbild»-Leser, haben auf den Stichtag hin die notwendige Summe von je einer halben Million Franken für 1993 und 1994 ergeben und sogar leicht überschritten. Damit ist die Weiterführung unserer Tätigkeit gesichert.

Am 26. Juni musste der Stiftungsrat die bedingte Einstellung unserer Tätigkeit auf Ende Jahr beschliessen, sofern nicht bis Mitte September die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt würden. Er richtete einen entsprechenden Appell an die Öffentlichkeit, dem nun ein voller Erfolg beschieden worden ist.

Gleichzeitig hat der Stiftungsrat einen Ausschuss bestellt mit dem Auftrag, die eingeleitete Neustrukturierung möglichst rasch durchzusetzen und dem Brückenschlag nach Zentral- und Osteuropa noch höhere Priorität einzuräumen. Dies selbstverständlich weiterhin im Rahmen unseres Einsatzes für die offene Gesellschaft und die Demokratie.

Zentral- und Osteuropa sowie die neuen Republiken der einstigen Sowjetunion befinden sich in einer schwierigen Übergangszeit, von der niemand voraussagen kann, wie lange sie anhält. Bis wann demokratisches Denken und Handeln verankert und damit politische Stabilität erreicht sein werden, ist ungewiss. Um so grösser muss das Interesse der «alten» Demokratien sein, diesen Staaten hilfreich zur Seite zu stehen und sie in ihren Demokratisierungsbestrebungen aktiv zu unterstützen.

Dabei kann es nicht darum gehen, nur Wirtschaftshilfe zu leisten und marktwirtschaftliches Know-how zu vermitteln. Ebenso dringlich ist der Gedankenaustausch über die Grundlagen der Demokratie. Es geht um die Etablierung einer offenen Gesellschaft in den einst totalitären Staaten, um die Schaffung der nötigen Voraussetzungen für stabile demokratische Verhältnisse.

Zwar ist der Zusammenbruch des einstigen kommunistischen Ostblocks wesentlich auf die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zurückzuführen, die bei jeder totalitären Ideologie systemimmanent sind, weil freier Unternehmerteil blockiert wird — das liegt in der Natur des Totalitarismus. Freier Unternehmerteil setzt aber die Freiheit des Denkens und die Möglichkeit der freien Entfaltung voraus. Letztere darf nur so weit durch den Staat eingeschränkt werden, wie es die soziale Verantwortung Schwächeren gegenüber gebietet. Die Freiheit des Denkens und die damit einhergehende Freiheit der Meinungsäusserung aber dürfen überhaupt nicht beschnitten werden — weder direkt durch Gesetze noch indirekt durch andere Machtmittel des Staates. Und das gilt nicht nur für die «neuen», sondern auch für uns «alte» Demokratien.

SFD/SOI, so meinen wir, können hier aufgrund jahrzehntelanger Beobachtung der totalitären Verhältnisse im Ostblock viel zum «geistig-ideellen» Brückenschlag beitragen. Wir haben aber auch ein Sensorium entwickelt für totalitäre Tendenzen in unseren Demokratien. Darauf auch hinzuweisen, gehört zu unseren Aufgaben. Dass wir sie wahrnehmen können, das ermöglichen uns die zahlreichen Gönner und Freunde, die unser Weiterbestehen sichern. Dafür gebührt ihnen unser herzlichster Dank. *Monika Scherrer*